



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ärztmangel bekämpfen - medizinische Versorgung sicherstellen!

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/2876**

Der Landtag wolle beschließen:

Ärztmangel wirksam entgegentreten

1. Der Landtag begrüßt die derzeitigen Initiativen der Landesregierung zur Behebung des Ärztemangels wie zum Beispiel die Allianz für Allgemeinmedizin.
2. Aufgrund des derzeitigen Ärztemangels wird die Entscheidung zur Beibehaltung von zwei Medizinischen Fakultäten im Lande ausdrücklich bekräftigt.
3. Die Landesregierung wird gebeten, im Rahmen der Verhandlungen zum Staatsvertrag Hochschulzulassung die rechtlichen Voraussetzungen für eine sog. „Landarztquote“ zu schaffen.
4. Die Landesregierung wird zudem gebeten,
 - a) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Selbstverwaltungsorganen eine angemessene Verteilung der Ärztinnen und Ärzte im Lande zu erreichen;
 - b) in den neuen Zielvereinbarungen 2020 ff. mit den beiden Medizinischen Fakultäten des Landes zu vereinbaren, dass im Rahmen der Profilbildung der Lehre die Absolventen frühzeitig für eine spätere Berufstätigkeit als Ärztin oder Arzt in Sachsen-Anhalt interessiert werden sollen. Sofern es notwendig ist, sollen hierfür entsprechende Strukturen geschaffen werden.

Begründung

Die Herausforderung einer qualifizierten ärztlichen Versorgung im Lande und in der gesamten Bundesrepublik ist eine der größten Herausforderungen im sozialen Bereich. Der Landtag sieht in der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung daher eine der zentralen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat auf die Auswirkungen der demographischen Entwicklung im Gesundheitsbereich und den damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen bereits sehr früh mit der Einrichtung einer Klasse Allgemeinmedizin, eines Studienganges Pflege an der Medizinischen Fakultät Halle (Saale) oder auch der beruflichen Fachrichtung Gesundheit und Pflege im Studium für das berufsbildende Lehramt sowie der Gründung der Allianz für Allgemein-Medizin reagiert.

Während andere Länder zurzeit sehr kostenintensive Neugründungen von Standorten zur Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten planen und durchführen, zeigt sich, wie richtig und zukunftsweisend der Beschluss des Landtages vom 10. Juli 2013 war (Drs. 6/2291), im Bereich der hochschulmedizinischen Ausbildung keine Hochschul-einrichtung komplett zur Disposition zu stellen und die hochschulmedizinische Ausbildung an den Standorten Halle (Saale) und Magdeburg fortzusetzen.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN